

Bodgan Koszel

Polens Engagement in der euroatlantischen Zone nach dem Irak-Krieg

Nach 1989 hat Polen die Zusammenarbeit mit den Staaten der euroatlantischen Zone zur Grundlage seiner Außenpolitik gemacht. Bis heute liegt es in seinem strategischen Interesse, dass das Nordatlantische Bündnis weiterhin das gemeinschaftliche Verteidigungssystem bildet und sich dieses auf eine dauerhafte Präsenz der USA in Europa sowie die enge Zusammenarbeit seiner Mitgliedsstaaten stützt. Nur so kann eine wirkungsvolle Arbeit der NATO garantiert werden. Seit dem 11. September 2001 richtet sich die politische Zusammenarbeit zwischen Polen und den USA hauptsächlich auf jene Aufgaben, die sich aus dem gemeinsamen Handeln der Länder in der Antiterror-Koalition ergeben. In der Irak-Krise hatte sich Polen auf die Seite der USA gestellt, während Deutschland und Frankreich einen Angriff auf den Irak grundsätzlich ablehnten. Polen kontrolliert heute nach den Plänen der USA im besetzten Irak einen der Militärspektoren. Kurz nach dem Abschluss der EU-Beitrittsverhandlungen in Kopenhagen im Dezember 2002 informierte Polen über den Einkauf von 48 amerikanischen Kampfflugzeugen „F-16“. Das amerikanische sogenannte *Offset-Paket* war großzügig und umfasste sechs Milliarden Dollar. Mit Geldern aus Übersee sollen fünf militärische Großbetriebe modernisiert werden. In Rzeszów werden danach künftig F16-Triebwerke gefertigt. Auch in drei zivilen Unternehmen verpflichteten sich die USA zu Investitionen. Im schlesischen Gliwice soll zum Beispiel die Opel-Fertigung erweitert werden.

Das Verhalten Polens hat insbesondere in der deutschen und französischen Presse kritische Stimmen geweckt. Polen wurde als „trojanisches Pferd“ und neuer „Musterknabe“ Amerikas bezeichnet. Kurz danach, im Januar 2003, unterschrieb Warschau zusammen mit sieben anderen EU-Mitgliedern bzw. -Anwärtern eine Solidaritätserklärung für die USA und deren Irak-Politik. Polen wurde vorgeworfen, dass vor der Veröffentlichung dieses Dokuments keine Absprache mit den EU-Spitzenorganen oder mit Paris und Berlin stattfand. Aus der Sicht von Paris und Berlin war das ein schwerer Schlag für die gemeinsame EU-Außenpolitik. Der polnische Außenminister Cimoszewicz erinnerte daran im polnischen Parlament Anfang Februar 2003, als er feststellte: „Niemand sollte hier die Ge-

schichte vergessen oder glauben, man könne ein neues Europa im Widerstreit mit den Amerikanern aufbauen, die, auch wenn sie sich im Moment in entfernteren Regionen engagieren, immer auch die wichtigste Schutzmacht Europas bleiben.“ Diese Aussage wurde von der Mehrheit der Abgeordneten unterstützt.

Für die Strategie, die Polen in den letzten Jahren in der euroatlantischen Zone umgesetzt hat, sprachen allerdings noch andere Argumente: Neben der Tatsache, dass es sich beim Saddam-Regime um eine terroristische, antidemokratische und inhumane Diktatur handelte, spielte natürlich auch die Dankbarkeit Polens für die Aufnahme in die NATO eine wesentliche Rolle. Damit war Polen das zweifelhafte Schicksal erspart geblieben, in der sicherheitspolitischen „Grauzone“ zwischen NATO und Russland dauerhaft zu verbleiben. Allerdings sind in Polen Zweifel an der Fähigkeit der EU weit verbreitet, die Sicherheit der Europäer langfristig zu sichern und zu stabilisieren. Die nationalen Interessen der verschiedenen Mitgliedsstaaten sind offenbar zu unterschiedlich, wie die bisherigen Ergebnisse der GASP im Fall Jugoslawiens (Bosnien-Herzegowina und Kosovo-Konflikt) zeigen.

Die Aufrechterhaltung der NATO hingegen liegt im vitalen Interesse Polens. Zwar grenzt Polen an vier NATO-Mitgliedsstaaten, jedoch auch an drei Nicht-Mitgliedsstaaten (Kaliningrader Gebiet, Weißrussland und Ukraine). Die Entfremdung zwischen den europäischen Staaten und den USA könnte zu einer Schwächung der Zusammenarbeit innerhalb der NATO führen, was Polen unbedingt vermeiden will.

Des Weiteren spielt die polnische Minderheit in Amerika (die sog. *Polonia*) eine wichtige Rolle. Sie übte intensiven Druck auf die Regierenden in Warschau zugunsten des polnischen Engagements im Irak aus. Z. Brzezinski und J. Nowak-Jezioranski gehören zu den einflussreichsten Politikern in Washington und Warschau. Die Hoffnung auf wirtschaftliche Vorteile und amerikanische Investitionen in Polen verstärkte die pro-amerikanischen Tendenzen in der polnischen Außenpolitik weiter.

Nicht zuletzt diente die polnische Politik in der euroatlantischen Zone der Legitimierung der Macht der Sozialdemokraten im Lande. Bis 1993 verfolgten sie eine strikte antiamerikanische und Anti-NATO-Politik. Damals wurde dem Bund der Demokratischen Linken vorgeworfen, die nationalen und existenziell wichtigen Interessen Polens zu verraten. Mit der klaren pro-amerikanischen Haltung im Irak-Krieg und danach hoffen die Regierenden in Warschau, diesen Makel ein für alle mal los geworden zu sein.

Nichtsdestotrotz will Polen die intensiven Beziehungen mit seinen wichtigsten europäischen Partnern (Deutschland, Frankreich und Großbritannien) fortsetzen. Der Beitritt des Landes zur Europäischen Union am 1. Mai 2004 schafft dafür neue Voraussetzungen.